

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 46 (1990)
Heft: 3

Artikel: Die freiburgische Sprachenfrage
Autor: Bernauer, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-421573>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die freiburgische Sprachenfrage*

Der Gründer der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft (DFAG) und profunde Kenner der freiburgischen Geschichte gibt eine knappe, aber alles Wesentliche erfassende Darstellung der freiburgischen Sprachverhältnisse durch die Zeiten. Er erzählt die Leidensgeschichte der deutschen Minderheit und berichtet dann auch über deren späten Aufbruch in den letzten Jahren. Freiburg, die Zähringerstadt, und die sich darum herumbildende Alte Landschaft waren von Anbeginn an zweisprachig. Mit dem Eintritt in die Eidgenossenschaft, die ja grundsätzlich nur Orte „tütscher Nation und Sprach“ aufnahm, begann eine Zeit der Vorherrschaft des Deutschen in Stadt und Führungsschicht, wobei die Welschen, um gute Eidgenossen zu sein, auch ihre Namen zum Teil übersetzten oder sie klanglich eindeutschten. Trotzdem waren Amts- und Gerichtssprache in den im 16. Jahrhundert gewonnenen westlichen und südlichen Gebieten immer französisch. Bis zur Französischen Revolution hielt aber die herrschende Kaste aus politischen Prestige Gründen an der deutschen Amtssprache der Regierung fest, obwohl sie seit dem 17. Jahrhundert, dem Zeitgeist entsprechend, selbst schon weitgehend französisiert war.

Die auf französische Bajonette gestützte Helvetische Republik¹ machte Französisch zur alleinigen Amtssprache, während in der darauffolgenden Mediationszeit die freiburgische Sprachpolitik pragmatisch auf die Machtbedürfnisse ausgerichtet war. Die Restaurationszeit² brachte dann wieder deutsche Ratsprotokolle wegen des Verkehrs, wie es hieß, mit der übrigen Eidgenossenschaft. Die Verwaltung amtete aber nach wie vor zweisprachig.

* PETER BOSCHUNG: *Die freiburgische Sprachenfrage*. Leidensgeschichte und Aufbruch einer Minderheit. Paulus-Verlag, Freiburg i. Ü. 1989. Broschiert. 174 Seiten. Preis 18,— Fr. ¹ 1798—1803 ² 1815—1830

Unter dem liberalen Regime (1830—1848) waren Protokoll- und Regierungstätigkeit französisch; hingegen mußten Gesetze und Dekrete in beiden Sprachen bekanntgemacht werden. Nachteilig für die deutsche Minderheit war die Aufteilung der Alten Landschaft, die im neuen Saanebezirk etwa ein Viertel deutsche Bevölkerung, vor allem in der Hauptstadt, beließ; sie wird seither rein welsch verwaltet. Die nach dem Sonderbundskrieg (1847) an die Macht gekommenen linksliberalen Radikalen verstärkten die Schwächung des Deutschen durch Zerstückelung des deutschen Bezirks und unrealistische Änderungen im Schulwesen. Jetzt war nicht mehr Freiburg für die Deutschsprachigen Verwaltungs- und Gerichtssitz, sondern das unbedeutende Dorf Tafers.

Die auch heute noch zu einem knappen Drittel deutschsprachige Hauptstadt wurde seither bis heute als rein französisch ausgegeben.

Man hätte annehmen können, daß mit der liberal-konservativen Koalition (1856) und besonders mit der darauffolgenden konservativen Alleinherrschaft die Verhältnisse wieder ins Lot gebracht worden seien. Im Gegenteil: die heutige Staatsverfassung geht auf 1857 zurück, und darin ist die heute in den letzten Zügen liegende Bestimmung aufgenommen worden, daß der französische Text der Urtext aller Gesetze, Dekrete und Beschlüsse sei. Obwohl damit Deutsch wenigstens indirekt als Amtssprache auch festgelegt ist, hat sich dieser Artikel als Ursache der diskriminierenden Sprachpraxis von Regierung und Verwaltung bis heute ausgewirkt. Erinnerung sei dazu an die Benachteiligung der deutschen Ortsnamen und die Übersetzung deutscher Vornamen ins Französische. Die Hauptstadt führt erst seit wenigen Jahren in Klammern auch ihren deutschen Namen auf dem Ortsschild, wenn man von Bern her kommt; Merlach mit fast 80 Prozent Deutschsprachigen wird immer noch einsprachig als Meyriez geführt. Anweisungen der Regierung zum korrekten Ortsnamengebrauch werden von untergeordneten Organen sabotiert. Die Verfassungsvorschrift, daß die Mehrheit der Kantonsrichter auch Deutsch können müsse, blieb über Jahrzehnte toter Buchstabe. Seit 1982 müssen mindestens zwei Richter deutscher Sprache sein.

Die einzige Mittelschule St. Michael in Freiburg wurde jahrzehntelang ausschließlich französisch geführt. Eine deutsche Sektion gibt es am Gymnasium seit 1910; das Lyzeum wird seit 1970 (sic!) auch vollständig deutsch geführt. Mädchen haben erst seit 1972 überall gleichwertige Ausbildungsmöglichkeiten an den höheren Schulen. Nicht viel erfreulicher war die Entwicklung der Lehrerausbildung, wo zufolge der konfessionell

ausgerichteten Schulen zudem die reformierten Murtenbieter nach Bern ausweichen mußten.

An der landwirtschaftlichen Schule wurden die Kurse 1952 endgültig nach Sprachen getrennt. Die Ingenieurschule HTL Freiburg bietet zwar einige Fachvorlesungen auf deutsch an, aber deutsche Klassen bestehen nicht. Die angehenden Ingenieure weichen dann einfach nach Biel und Burgdorf aus. In der Krankenpflege gibt es ebenfalls noch keine deutsche Ausbildung. Das bringt nicht zuletzt Unannehmlichkeiten und Nachteile für deutschsprachige Krankenhauspatienten in der Hauptstadt mit sich. Eine Änderung zum Positiven soll etwa 1992/93 erfolgen.

Generell können die Schulen für die Deutschfreiburger heute aber doch als den welschen und deutschschweizerischen ebenbürtig bezeichnet werden.

Die Vertretung der Minderheit in den Behörden war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein unterdurchschnittlich, was einerseits auf die einseitig französische Schulpolitik und andererseits auch auf die heterogene Zusammensetzung der Deutschfreiburger zurückzuführen ist. Parteipolitische und konfessionelle Grenzen ließen ein Gemeinschaftsgefühl aller Deutschfreiburger erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg keimen. Erst das Drängen der DFAG führte dazu, daß alle Deutschfreiburger Abgeordneten im Parlament auch ihre Muttersprache, und zwar als selbstverständliche Höflichkeit gegenüber den Anderssprachigen Hochdeutsch, verwenden, was seit 1979 auch im Reglement festgehalten ist. In der Regierung war das deutsche Bevölkerungselement bis 1936 mit einer Ausnahme 80 Jahre lang überhaupt nicht vertreten. Im Nationalrat in Bern sind Deutschfreiburger seit 1914 regelmäßig vertreten; der erste deutschfreiburgische Ständerat wurde 1960 nach Bern geschickt. In der Verwaltung besetzen Deutschfreiburger hauptsächlich untere Funktionen oder solche, wo Zweisprachigkeit ausdrücklich gefordert ist. In den Führungspositionen ist die Minderheit nach wie vor untervertreten. Da sich — außer in Wahlversprechen — keine der alten und neueren die Sprachgrenze überschreitenden Parteien des Minderheitenschutzes wirksam annahm, hat Franz Aebischer 1986 die Deutschfreiburger Partei gegründet.

Boschung anerkennt in seiner objektiven und ausgewogenen Darstellung, daß viel erreicht wurde, Wichtiges aber noch zu tun bleibt. Während die Anerkennung des Deutschen als gleichberechtigte Amtssprache wohl in Kürze Wirklichkeit wird, muß um die Rechtsgleichheit zwischen den zweisprachigen Bezirken See (Murten/Morat) und Saane (Fribourg/Freiburg) noch weiter gerungen werden.

Daß das Geschrei von der Germanisierung, das immer wieder ertönt, nur ein Ablenkungsmanöver ist, belegt Boschung am Beispiel der Hauptstadt: seit 1798 geht das Deutsche zurück. Nur durch glückliche Umstände wurde bisher die „Eroberung Freiburgs“ (Charles Montandon 1960) nicht vollendet: Der 1889 gegründete Deutsche Katholische Männerverein verzögerte die Verdrängung des Deutschen aus allen Kirchen der Stadt, und die Gründung der von Anfang an zweisprachigen Universität im gleichen Jahr gab der Minderheit unter dem Impuls der Zuwanderung von Professoren aus dem deutschen Sprachraum ein Minimum an Selbstbewußtsein zurück. Daß die beiden Weltkriege Rückschläge brachten, sei nur am Rande erwähnt.

Die Schilderungen Boschungs muten teilweise wie Ausflüge ins Elsaß oder nach Südtirol an. Ist es möglich, daß in der Schweiz ein Einzelstaat mit derart ungleicher Elle mißt, daß Grundsätze der Menschenrechte, des Europarats, von KSZE und UNO einfach durch jahre- und jahrzehntelange Verzögerungstaktiken und die Nichtbeantwortung von Anfragen mißachtet werden, ohne daß jemand außerhalb des Kantons aufmuckt? Boschungs Buch sollte Pflichtlektüre für eidgenössische Parlamentarier werden.

Ludwig Bernauer

„Ja Wahnsinn“ und „Wendehals“

Schlagwörter, die aus der Alltagssprache kommen

Von Dr. Renate Bebermeyer

Schlagwörter, Begriffe, die etwas treffend „auf den Punkt bringen“ und weite, intensive Verbreitung erfahren, kommen in aller Regel aus dem schriftsprachlichen Bereich. In der gesprochenen Sprache werden sie wie Zitate aufgenommen und herumgereicht. In den vergangenen Jahrzehnten aber hat die alltägliche Sprechsprache, die sogenannte Umgangssprache, eine Aufwertung erfahren. Die Gründe liegen in basisdemokratischen und pädagogisch-sozialen Momenten. Aus dem sprichwörtlichen „reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist“ wurde „schreiben, wie einem der Schnabel gewachsen ist“. Mit dem Abbau sozialer Schranken sollten auch ihre Folgen: die Sprachschranken innerhalb derselben Sprachgemeinschaft, eingerissen werden. Die allgemeine Sprachkompetenz wurde gefordert, die Normen sollten sich der Alltagswirklichkeit anpassen. Das Ergebnis